



HESSISCHER LANDTAG

18. 03. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Entschlossen gegen Christenverfolgung — Islamistische Massaker auch in Hessen beim Namen nennen und konsequent ächten

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag zeigt sich besorgt über die Entwicklungen in Hessen und Deutschland. Religionsgemeinschaften wurden 2023 rund 717 Mal angegriffen, was laut Bundeskriminalstatistik einer Zunahme um 207 Prozent entspricht. 2023 verzeichnete das Bundeskriminalamt 92 Angriffe auf Kirchen, 70 auf Moscheen, 42 auf Synagogen und 17 auf weitere Religionsstätten. Die Vorkommnisse in Syrien zeigen, wie schnell durch religiösen Extremismus Christen um ihr Leben fürchten müssen. Der Landtag verurteilt jedwede Gewalt gegen Christen, Muslime, Juden und andere Menschen mit unterschiedlichsten Religionen.
2. Der Landtag steht an der Seite verfolgter Christen weltweit. Der Schutz des einzigen jüdischen Staates ist und bleibt eine zentrale Aufgabe Deutschlands, aber auch Hessens.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich unmissverständlich zugunsten der Sicherheit sowohl der christlichen Minderheiten in Syrien als auch des Staates Israel zu positionieren und dies auch im Bundesrat zu artikulieren.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Falle einer weiteren Verschärfung der Menschenrechtslage für eine Aussetzung deutscher Entwicklungshilfe an Syrien einzusetzen. Christenverfolgung und Antisemitismus dürfen niemals aus deutschem Steuergeld finanziert werden.
5. Der Landtag verurteilt Christenfeindlichkeit nicht nur im Ausland, sondern ebenso im Inland. Die seit Jahren kursierenden Medienberichte über Christenfeindlichkeit in deutschen Flüchtlingsunterkünften, bis hin zu Morden schon auf Flüchtlingsbooten bei der Überfahrt nach Europa, wurden viel zu lange ignoriert und geben Anlass zu großer Sorge.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Bundesrat für eine Sensibilisierung des BAMF für Fälle von Christenfeindlichkeit einzusetzen.
7. Der Landtag fordert eine konsequente Rückführung der entsprechenden Täter sowie etlicher anderer islamistischer Straftäter, die das neue Regime oder seine Vorläuferorganisationen unterstützen oder unterstützt haben.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, im Bundesrat hinzuwirken auf die Schaffung einer Gesetzeslage, die die ideelle und materielle Unterstützung der neuen syrischen Machthaber durch hier als Flüchtlinge anerkannte syrische Staatsbürger unter Strafe stellt und eine Rückführung ins Heimatland zur Folge hat.

Begründung:

Seit dem Sturz des alawitischen Regimes von Bashar al-Assad in Syrien und der Machtübernahme sunnitischer Islamisten ist die Lage der dortigen Minderheiten, darunter neben Alawiten, Drusen und Kurden auch Christen, prekär. Anfang März kam es nach Angaben der islamistischen Übergangsregierung zu einer Militäraktion gegen Anhänger Assads in der Küstenregion um Latakia und Tartus. Tatsächlich aber berichten Medien übereinstimmend von einem regelrechten Massaker, dem neben Alawiten offenbar auch Christen zum Opfer gefallen sind. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Antiochia Johannes X. veröffentlichte vor wenigen Tagen gemeinsam mit dem

syrisch-orthodoxen Patriarchen Ignatius Aphrem II. und dem griechisch-katholischen Patriarchen Joseph Absi eine dahingehende Erklärung, die Anlass zu großer Sorge gibt. Dasselbe trifft auch auf den zunehmend aggressiven Ton zu, den die neuen syrischen Machthaber in jüngster Zeit, befeuert vom türkischen Präsidenten Erdogan, gegen den Staat Israel anschlagen

Wiesbaden, 18. März 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe